

über gesetzlich eindeutig geregelt. Insbesondere werden hier bestimmt :

a) die Unterstützung der Deutschen Volkspolizei gegenüber den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen bei der Durchführung der Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und Sicherheit;

b) die Informationspflicht der Deutschen Volkspolizei gegenüber den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen (einschließlich der Unterbreitung von Vorschlägen, der Erteilung von Auskünften sowie der Berichterstattung über Probleme der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die im Verantwortungsbe- reich der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe liegen).

In vielen Großstädten, wie z. B. in Magdeburg, Dresden, Leipzig und Berlin, sind diese Forderungen bereits zum festen Bestandteil des komplexen Zusammenwirkens geworden. Diese Zusammen- arbeit ermöglicht es, daß sowohl die Wiedereingliederung Straf- entlassener in das gesellschaftliche Leben als auch die Erziehungs- arbeit mit kriminell Gefährdeten sehr differenziert durchgeführt wird. Dem dient vor allem ein regelmäßiger Informationsaus- tausch zwischen den zuständigen VP-Revieren und den jeweili- gen Abteilungen Innere Angelegenheiten. Die Abschnittsbevoll- mächtigten kennen die im Abschnitt wohnhaften Straftentlassenen bzw. kriminell gefährdeten Bürger und können so die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer in den Wohngebieten und der Betreuer in den Betrieben mit gutem Erfolg unterstützen. Regelmäßig wer- den gemeinsam durch die Leiter der beteiligten Organe und Ein- richtungen fördernde und hemmende Faktoren eingeschätzt und entsprechende Empfehlungen an die Fachorgane, Betriebe, den Staatsanwalt und das Gericht gegeben.

Neben dieser Form des Zusammenwirkens, die außer der Arbeit mit Straftentlassenen insbesondere auf die exakte Durchsetzung der Verordnung vom 15. August 1968⁵² gerichtet ist, ist die Her- stellung einer *generellen* engen Verbindung zu den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten sowie die Übermittlung für sie insgesamt wichtiger Informationen, die sich aus der täglichen polizeilichen Arbeit ergeben, von großer Bedeutung. Das können z. B. sein:

— Informationen über sich entwickelnde Schwerpunkte der Ju-

52 Vgl. zu diesem Teil auch Starke / Krüger, „Den örtlichen Räten Unter- stützung gewähren“. Die Volkspolizei (1969) 16, Beilage, S. 5-8, Bohmüller/ A d a m, „Zusammenwirken mit örtlichen Staatsorganen zur Erziehung krimi- nell gefährdeter Personen“, Die Volkspolizei (1969) 11, S. 18/19 sowie „Zur Ver- antwortung der Kriminalpolizei und der Abteilungen Innere Angelegenheiten bei der Erziehung kriminell gefährdeter Bürger“, Forum der Kriminalistik (1969) 9, S. 388-391.